

BERICHT AUS BERLIN

von Dr. Inge Gräßle



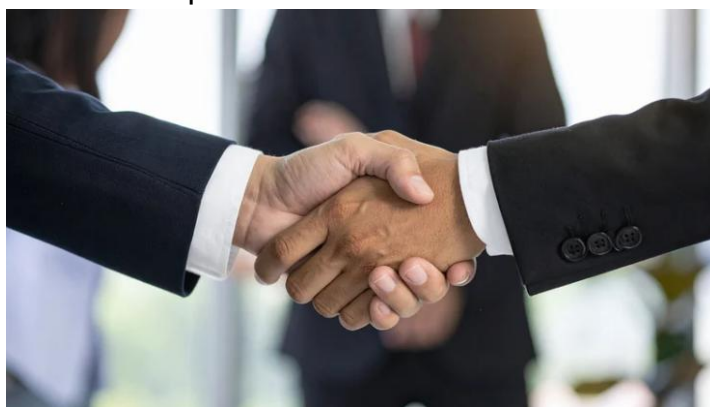
Ausgabe 16 | 19.12.2025

Ukraine-Gespräche in Berlin: Deutschland im Zentrum der europäischen Außen- und Verteidigungspolitik

Liebe Leserin, lieber Leser,

in den letzten Tagen herrschte rund um das Regierungsviertel erhöhte Alarmbereitschaft:

Nicht nur der ukrainische Präsident Wodomyr Selenskyj war zu Gast; am Montagabend kamen nach und nach die US-Verhandler Steve Witkoff und Jared Kushner, die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen, die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen, der Präsident des Europäischen Rates António Costa, der finnische Präsident Alexander Stubb, der französische Präsident Emmanuel Macron, die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, der norwegische Ministerpräsident Jonas Gahr Støre, der polnische Ministerpräsident Donald Tusk, der NATO-Generalsekretär Mark Rutte, der niederländische Ministerpräsident Dick Schoof, der schwedische Ministerpräsident Ulf Kristersson und der britische Premierminister Keir Starmer.



Das war ein wirklich „großer Bahnhof“, wie ihn die Hauptstadt lange nicht erlebt hat.

Vor allem zeigt die Konferenz vor den Augen der Weltöffentlichkeit: Deutschland ist – endlich – wieder ein aktiver Mitspieler in Europa und der Welt. Unsere Partner fürchten keine deutsche Führungsrolle – sie erwarten sie.

Die Ukraine-Gespräche der vergangenen Tage in Berlin können in der Rückschau eine Schlüsselphase internationaler Friedensdiplomatie werden.

Sie markieren bereits jetzt einen wichtigen Moment für die Einigkeit mit unseren Bündnispartnern. Deutschland nimmt dabei unter Führung von Bundeskanzler Friedrich Merz das Steuer in die Hand. Berlin ist zum zentralen Ort internationaler Abstimmung geworden.

Im Mittelpunkt standen Beiträge zu einer Vereinbarung, die den Krieg beenden soll: die Stärkung der ukrainischen Streitkräfte, Sicherheitsgarantien und ein wirksamer

US-geführter Mechanismus zur Überwachung eines Waffenstillstands. Entscheidend ist, dass die USA fest an Bord bleiben. Ebenso entscheidend ist, dass Europa handlungsfähig bleibt und endlich die Nutzung der russischen eingefrorenen Vermögenswerte beschließt.

Ich gebe mich keinen Illusionen hin. Russland will kein Ende dieses Krieges. Auch wenn der Weg noch weit ist, bleibt unser Ziel ein Frieden, der die ukrainische Souveränität sichert und die europäische Sicherheitsordnung stabilisiert.

Als Fraktion unterstützen wir deshalb geschlossen den Kurs der Bundesregierung. Denn wer für Sicherheit, Stabilität und Freiheit einsteht, legt zugleich die Grundlage für Wohlstand – und handelt damit im besten Sinne des Wortes patriotisch.

Schwerpunkte der Sitzungswoche

Drei weitere Schritte zu verbesserten Rahmenbedingungen für unsere Landwirtschaft

Mit dem Gesetz zur Änderung des Tiergesundheits- und des Tierarzneimittelgesetzes treiben wir die dringend gebotene Anpassung des nationalen Rechts an das EU-Recht weiter voran. Außerdem reagieren wir zügig auf das aktuell starke Vogelseuche-Geschehen und passen rückwirkend ab Oktober 2025 den Entschädigungshöchstsatz für Geflügel im Tierseuchenfall von 50 Euro auf 110 Euro pro Stück Geflügel an.

Mit dem Gesetz zur Anpassung des Pflanzenschutzgesetzes verschieben wir die Verpflichtung zur Nutzung elektronischer Aufzeichnungen für die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln vom 1. Januar 2026 auf den 1. Januar 2027. Wir vermeiden damit Rechtsunsicherheiten und geben allen Betrieben ausreichend Zeit für die Umstellung.

Und schließlich verschieben wir mit der Änderung des „Özdemir-Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes“ dessen Inkrafttreten. Damit haben wir nun die notwendige Zeit, wichtige Themen wie das vollständige Downgrading (Regelung, die gestattet, Fleisch aus höheren Haltungsformen auch in niedrigeren Stufen zu vermarkten, um Lebensmittelverschwendung zu verhindern) und die Kennzeichnung ausländischer Ware praxisgerecht gesetzlich zu verankern.



Wir wollen die berufliche Praxis bei der Reform des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes in den kommenden Monaten eng einbinden, um z.B. Bürokratierückbau bei Meldepflichten durch die Nutzung vorhandener Datenbanken zu erreichen.

Ein weiterer Schritt zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Investitionen

Mit dem Abschluss des Standortfördergesetzes verbessern wir in dieser Woche die Rahmenbedingungen für private Investitionen und stärken den Finanzplatz Deutschland insgesamt.

Das Gesetz beinhaltet Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzierungsbedingungen von Unternehmen und für einen wettbewerbsfähigeren Finanzstandort, insbesondere durch steuerliche Impulse für private Investitionen in Infrastruktur und erneuerbare Energien sowie in kleinere Unternehmen und Start-ups (Venture Capital).

Ein nächster Schritt zur Reform und Stabilisierung unserer Sozialversicherungen

In dieser Woche wurde, wie im Koalitionsausschuss vereinbart, die Rentenkommission 2026 eingesetzt. Der Koalition hatte sich in Ergänzung des Rentenpakets I auf die Einsetzung dieser Kommission mit einem deutlich präzisierten Auftrag verständigt. Sie besteht aus Wissenschaftlern und Abgeordneten und soll bis zum Sommer nächsten Jahres ihre Vorschläge vorlegen, die dann in ein Rentenpaket II münden werden.

35 Jahre gesamtdeutscher Bundestag – Einheit in Freiheit

Wir feiern ein Jubiläum der Verantwortung, das für den Zusammenhalt in einem vereinten Deutschland steht, weil Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie seit 1990 gemeinsam getragen werden. Die Deutsche Einheit ist kein Zustand, sondern ein gemeinsamer Auftrag, der aktueller denn je ist: Einheit sichern, Zukunft gestalten. Der gesamtdeutsche Bundestag sieht sich verpflichtet, die Errungenschaften der Deutschen Einheit gegen Spaltung und Extremismus zu verteidigen.



Dieses Jubiläum erinnert uns daran, dass Demokratie nur stark bleibt, wenn wir Verantwortung übernehmen, ihre Werte schützen und den gemeinsamen Weg in eine sichere und freie Zukunft entschlossen weitergehen.

Aus dem Kabinett

In der Sitzung des Kabinetts am 17.12.2025 hat die Bundesregierung zum Ende des Jahres noch einmal eine Reihe an wichtigen Vorhaben beschlossen, u. a. die Gesetzentwürfe zur Reform der steuerlich geförderten Altersvorsorge, zur Reform der Grundsicherung, zur Weiterentwicklung der Apothekenversorgung, zur Änderung des Bundesjagdgesetz (Wolf), zur Weiterentwicklung der Digitalisierung in der Migrationsverwaltung, das Infrastruktur-Zukunftsgesetz sowie die Eckpunkte zur Frühstart-Rente.

Damit ist sichergestellt, daß uns auch im Jahr 2026 die Arbeit nicht ausgehen wird.

Weitere Informationen: [KLICK](#)

EinfachMachen-Portal

Gemeinsam das Leben der Menschen einfacher machen – darum geht es uns! Deswegen haben das Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung, das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sowie das Bundesministerium für Arbeit und Soziales das [EinfachMachen-Portal](#) gestartet. Hier können alle Menschen in Deutschland direkt online melden, wo Staat und Verwaltung unnötig kompliziert sind – schnell, transparent und wirkungsorientiert. Und natürlich auch konkrete Verbesserungsvorschläge benennen. Eine solche zentrale Anlaufstelle rund um das Thema Bürokratierückbau ist einzigartig auf Bundesebene.

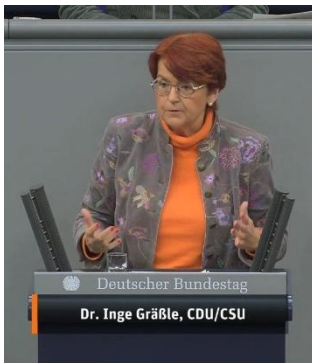


Die alltäglichen Erfahrungen der Menschen in Deutschland sind für unsere Arbeit von zentraler Bedeutung. Sie helfen uns gezielt dort anzusetzen, wo Verwaltung das Leben unnötig verkompliziert. Zwar sind viele Problembereiche bereits bekannt, in denen Prozesse unnötig mühsam sind.

Doch ebenso gibt es zahlreiche Stellen, die bislang noch nicht ausreichend im Blickfeld stehen. Mit nur wenigen Klicks können Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Verbände und Verwaltungsbeschäftigte jetzt bürokratische Hürden beschreiben und konkrete Verbesserungsvorschläge einreichen. Wir nutzen dieses Feedback, um Verfahren und Regelungen schnell zu verbessern.

Sie haben spontan die ersten 27 Ideen? Direkt zum Portal geht es hier: [KLICK](#)

Video der Woche



Erneut habe ich im Plenum die Klängen mit der AfD kreuzen müssen – auch wenn der Gegner nur eingeschränkt satisfaktionsfähig ist. 😊

[KLICK](#)

Zitate der Woche

«Berlin ist im Zentrum wichtiger diplomatischer Entscheidungen, es ist der Ort, wo um einen gerechten Frieden gerungen wird.»

(Der ukrainische Präsident **Wolodymyr Selenskyj** am Montag in Berlin)

«Im Jahr 2026 muss aus der Arbeitskoalition eine Reformkoalition werden. 2026 muss das Jahr des Wachstums werden. Der Koalitionsvertrag ist dafür eine gute Grundlage. Aber natürlich müssen wir miteinander auch immer selbstkritisch und kritisch schauen, ob das, was wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, ausreicht, um unsere Wirtschaft anzukurbeln.»

(Der Fraktionsvorsitzende **Jens Spahn** am Dienstag in Berlin.)

Zu guter Letzt...



*Ich wünsche Euch und Ihnen
gesegnete Weihnachten
und ein glückliches, gesundes und
erfolgreiches Neues Jahr 2026!*

*Allen einen schönen
4. Advent!*

